

INHALT

1. Beleg für Bedienung der eigenen Wählerklientel auf Kosten der Steuerzahler
2. Hohe Auszeichnung für Peter Harry Carstensen
3. SPD, Grüne und SSW in der Behindertenpolitik ohne Konzept
4. CDU bemängelt vage Aussagen der Landesregierung zur EU-Strukturförderung
5. SPD, Grüne und SSW wollen Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung

22.11.2013

**Beleg für Bedienung der eigenen Wählerklientel auf Kosten der Steuerzahler
SPD, Grüne und SSW kündigen Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2014 an**



Tobias Koch, MdL

SPD, Grüne und SSW haben heute per Pressemitteilung ihre Änderungsanträge zum Haushalt angekündigt (Link siehe unten). In zahlreichen Einzelposten werden fünf- bis sechsstelligen Summen für zahlreiche Einzelprojekte verteilt. CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch reagierte mit Ironie.

„Respekt, die haben wirklich niemanden vergessen, der sie wählt. Wir werden Zeuge eines wirklich ausgewogenen pamperns aller Wählergruppen von SPD, Grünen und SSW“, erklärte Koch in einer Pressemitteilung.

Allerdings blieben die Regierungsfractionen in ihrer sechsseitigen Pressemitteilung jeden Nachweis schuldig, wo das Geld für die Weihnachtsgeschenke herkommen soll.

Es bleibe der Opposition überlassen, Konzepte zur Reduzierung der Neuverschuldung, zur Erhöhung der Investitionen und zur Vermeidung von Steuererhöhungen vorzulegen.

„Die heutigen Haushaltsanträge zeigen: Von dieser Regierung haben die Menschen nur höhere Steuern, schlechte Straßen und steigende Schulden zu erwarten“, so der CDU-Abgeordnete.

Die CDU-Landtagsfraktion wird ihre Änderungsanträge am kommenden Mittwoch vorstellen.

Hier der Link zur Pressemitteilung mit den Ausgabenwünschen der Regierungsfractionen:
<http://www.ltsh.de/pressticker/2013-11/22/11-08-50-6f55/PI-Uo8tMm9V-spd.pdf>

Hohe Auszeichnung für Peter Harry Carstensen **CDU-Fraktion gratuliert ihrem früheren Ministerpräsidenten zur Ehrendoktorwürde**



Prof. Dr. Rainer Horn und Dr. h.c. Peter-Harry Carstensen

Peter Harry Carstensen hatte heute (22. November 2013) allen Grund zur Freude: Die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verlieh ihm die Ehrendoktorwürde für seine Verdienste in diesem Fachbereich.

Viele CDU-Landtagsabgeordnete verfolgten die feierliche Verleihung im Audimax der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel persönlich. Fraktionschef Johannes Callsen gratulierte dem früheren Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden zu dieser hohen Auszeichnung am Rande der Veranstaltung.

„Peter Harry Carstensen verfügt nicht nur über eine hohe Expertise auf diesem Sachgebiet, sondern auch über eine enorme Leidenschaft, mit der er sich für seine Themen einsetzt. Da unser früherer Ministerpräsident mit seiner Heimat sehr verbunden ist, freue ich mich, dass seine Alma Mater ihm diese hohe Auszeichnung verleiht. Herzlichen Glückwunsch, Dr. h.c. Peter Harry Carstensen“, so Fraktionschef Callsen.

SPD, Grüne und SSW in der Behindertenpolitik ohne Konzept Landesbeauftragter legt Tätigkeitsbericht vor



Heike Franzen, MdL

In gemeinsamer Beratung debattierten die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute (22. November 2013) über den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, zur Situation der Menschen mit Behinderung und über den Antrag der Koalitionsfraktionen zu einem Aktionsplan.

Die behindertenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, bedankte sich im Namen der gesamten Fraktion für die hervorragende Arbeit des Landesbeauftragten und seiner Mitarbeiter sowie dem von ihnen vorgelegten Tätigkeitsbericht. Den unverbindlichen Antrag der Koalitionsfraktionen für einen Aktionsplan kritisierte Franzen jedoch scharf.

„So aufschlussreich der Bericht des Landesbeauftragten ist, so armselig ist der Antrag der Koalitionsfraktionen. Keine konkrete Zielsetzung. Keine Ideen. Was soll denn der Plan bewirken? Bis wann soll er erarbeitet sein?“, fragte Franzen in der Debatte.

Dabei gebe der Bericht des Landesbeauftragten genügend Anhaltspunkte, die dringend bearbeitet werden müssten. Dr. Hase mache sogar konkrete Vorschläge, die man aufgreifen und diskutieren müsse. Stattdessen blieben die Koalitionsfraktionen weiter untätig und verschöben wichtige Entscheidungen mit der Erarbeitung eines Aktionsplans auf den St.-Nimmerleins-Tag.

„Gerade die Einzelbeispiele aus der Arbeit des Landesbeauftragten zeigen, dass wir immer noch Barrieren in Köpfen der Menschen abzubauen haben, insbesondere in den Verwaltungen. Leistungen für Menschen mit Behinderung sind keine Sozialhilfeleistungen, sondern notwendige Leistungen, um Nachteilsausgleiche sicherzustellen“, so Franzen abschließend zum Bericht des Landesbeauftragten.

Link zum Bericht des Landesbeauftragten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1035.pdf>

Link zum Antrag der Koalitionsfraktionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1308.pdf>

CDU bemängelt vage Aussagen der Landesregierung zur EU-Strukturförderung Landesregierung legt Bericht vor



Astrid Damerow, MdB

Die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, hat der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW in der heutigen Landtagsdebatte vorgeworfen, die wichtigsten Strukturprogramme des Landes zur geheimen Kommandosache zu machen:

Ab 2014 wird über den EU-Haushalt mehr als eine dreiviertel Milliarde Euro für Projekte in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt.

„Diese Programme werden langfristig vorbereitet. Selbst auf Anfrage erfahren Parlament und Öffentlichkeit nicht, für welche Projekte das Geld fließen soll. Klar ist nur, dass die Beteiligungsstrukturen der vier Regionen im Land durch zentrale Lenkungsorgane ersetzt werden sollen. SPD, Grüne und SSW machen die wichtigsten Strukturprogramme Schleswig-Holsteins zur geheimen Kommandosache der Landesregierung. Das kritisieren wir scharf“, so Damerow.

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht werde an keiner Stelle wirklich konkret. Zu klärende Fragen von Kommunen, Wirtschaftsbetrieben, Wissenschaft, ländlichem Raum sowie auch Vereinen und Verbänden zu neuen Förderprojekten blieben unbeantwortet.

Das hunderte Millionen Euro schwere Strukturprogramm werde bislang ohne Beteiligung des Parlaments und fast ohne Beteiligung wichtiger Betroffener durchgeplant und zentralisiert. Die Chance, im Rahmen der neuen EU-Förderperiode Strukturen unter diesen Gesichtspunkten zu erneuern, werde bewusst vertan.

„Wir fordern die Landesregierung auf, vor den endgültigen Entscheidungen die konkreten Pläne auf den Tisch zu legen“ so Damerow.

Zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1217.pdf>

SPD, Grüne und SSW wollen Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung CDU befürchtet weitere bürokratische Belastung für kleine Betriebe



Heiner Rickers, MdL

Erneut stand das Thema Lebensmittelkennzeichnung heute (22. November 2013) auf der Tagesordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Die Fraktion der Piraten sowie die Koalitionsfraktionen hatten beantragt, mit einer Bundesratsinitiative eine Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung auf den Weg zu bringen.

Ziel der Anträge ist es, eine gesetzlich verbindliche Grundlage zur Kennzeichnung von Lebensmitteln als Vegan oder Vegetarisch zu schaffen. Verbrauchern solle so auf den ersten Blick zweifelsfrei erkennbar sein, ob ein Lebensmittel tierische Bestandteile enthalte, und falls ja von welchen Tieren.

CDU-Agrar- und Umweltexperte Heiner Rickers erteilte den Vorhaben von Piraten und Koalitionsfraktionen in der Debatte eine klare Absage.

Ende 2014 trete die neue Lebensmittel- und Kennzeichnungsverordnung der EU in Kraft. Und auch heute schon gebe es neben dem so genannten „V-Label“ als freiwilliges Kennzeichnungselement für vegetarische oder vegane Lebensmittel vergleichbare Siegel für Angehörige des jüdischen oder muslimischen Glaubens.

„Über die bestehenden Vorgaben hinaus zu gehen - das hat auch eine Information im Agrar- und Umweltausschuss ergeben - wird zu großen Schwierigkeiten vor allem für kleine Betriebe führen. Der hundertprozentige Nachweis, keine tierischen Stoffe verwendet zu haben, führt zu unnötiger Bürokratie, die die Betriebe im Land weiter belastet“, so Rickers abschließend.

Link zum Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0807.pdf>

Link zum Antrag der Koalitionsfraktionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0900/drucksache-18-0961.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de